

Standing Ovations für Prof. Schachtschneider



Auf Einladung der Fraktion Pro Köln hielt der Staatsrechtler [Prof. Karl Abrecht Schachtschneider](#) (Foto) gestern Abend einen 90-minütigen Vortrag zum Thema Religionsfreiheit (siehe auch seine [Rede am 30.11.08 in Würzburg](#)). Neben dem eher wissenschaftlichen Teil seines Vortrags kritisierte er vor rund 150 Anwesenden den Anstieg von Moscheeneubauten in Deutschland und verwies dabei auf [Helmut Quaritsch](#), der bereits Mitte der 1980er Jahre Moscheen als „Landnahme“ bezeichnete.

Schachtschneider ging auch indirekt auf die Vorgänge am 20. September 2008 in Köln ein. „Deutschland war in den 1960er-Jahren, teils auch noch in den 1970er-Jahren ein Rechtsstaat, heute sind wir es nicht mehr“, so Schachtschneider. Es könne nicht sein, dass ein Anti-Islamisierungskongress wie der am Kölner Heumarkt von Seiten der Polizei wegen Provokationen der linken Gegendemonstranten abgebrochen würde. „Nur im äußersten Notfall hätte dies geschehen dürfen, aber der lag nicht vor. Ich kann nur sagen: In Bayern hätte es so etwas nicht gegeben.“ Der Vortrag von Prof. Schachtschneider wurde von den Gästen mit lang anhaltendem Applaus gewürdigt.



Wir werden in Kürze ein Video vom gestrigen Abend auf PI veröffentlichen. Weitere Infos und Bilder finden Sie jetzt schon [hier...](#)



**Frankreich, eine
orientalische Provinz?**



Frankreich hat sich in den letzten hundert Jahren von einem Erobererimperium immer stärker zu einem

Kolonialstaat der einstigen Eroberten entwickelt. Da der 71-jährige algerische Tyrann Abdelaziz Bouteflika gerade die Verfassung geändert hat, um sich für eine dritte Amtsperiode „wählen“ lassen zu können, hat man festgestellt, dass [mindestens vier Millionen Algerier](#) in Frankreich leben.

Und dabei sind die Algerier nicht einmal die einzigen muslimischen Einwanderer, die in großer Zahl unser westliches Nachbarland bevölkern. Einwanderer aus vielen islamischen Staaten gewinnen auch politisch immer stärkeren Einfluss, indem sie beginnen zu lobbyieren. Eine algerische Interessengemeinschaft zur Beeinflussung der französischen Politik wurde 2007 gegründet.

Multikulturelles Straßenfest in Hagen



Für die Hagener Polizei ist es schon Routine, für den Rest der Republik noch etwas gewöhnungsbedürftig: Eine Hundertschaft der westfälischen Polizei war nötig, um eine Massenschlägerei zwischen Türken und Griechen zu beenden. Man muss wohl annehmen, dass die Griechen anders als deutsche Kartoffeln nicht bereit sind, sich jede Unverschämtheit der Moslems bieten zu lassen. Langjährige Besatzungserfahrung prägt die Mentalität.

Der [EXPRESS berichtet](#):

Die Hagener Straßen als Schlachtfeld: Zwei Großfamilien türkischer und griechischer Herkunft haben sich eine heftige Prügelei im Stadtteil Wehringhausen geliefert.

Selbst Frauen und Kinder waren in dem Pulk. Unter anderem wurde mit Stuhlbeinen aufeinander eingedroschen. Insgesamt waren rund 20 Personen an der Keilerei beteiligt.

Ein 48-Jähriger brach sich bei dem Tumult die Hand, ein anderer (34) erlitt eine Kopfverletzung. Beide mussten ins Krankenhaus.

Eine Hundertschaft der Polizei musste anrücken, nahm den 48-Jährigen und zwei Frauen fest, um für Ruhe zu sorgen. Das Reizklima erschwerte die Arbeit der Ordnungshüter allerdings erheblich.

Der Grund der Schlägerei ist unklar – und die Hagener Polizei kennt die Streitpartien bestens: „Es reicht, wenn der eine beim anderen klingelt“, so ein Sprecher. Resignierend fügte er hinzu: „Wir warten schon auf den nächsten Anruf.“

Es gibt ein Wort, das fängt mit „Aus“ an und hört mit „weisung“ auf. Leider ist das Wort vom Aussterben bedroht, weil es niemand mehr auszusprechen wagt.

Moschee olé: Rassist Cem Özdemir

- Wer in Deutschland gegen eine Moschee ist, ist ein Nazi und Rassist und muss raus. Das wissen wir spätestens seit dem

letzten Wochenende, und wer nicht hören wollte, musste fühlen. Aber selbst hochrangige Grünenpolitiker sind nicht immun gegen die schreckliche Pest. Sie werden besonders dann befallen, wenn das Allahu Akbar in der eigenen Eigentumswohnung zu hören ist. Wir begrüßen in unserem exklusiven Kreis Cem Özdemir, den künftigen Vorsitzenden der Grünen.

Die taz hats:

Auch Kreuzberg hat jetzt seinen Moscheestreit. Einen, wie könnte es anders sein, der besonderen Art: Auf der einen Seite steht die Selahaddin-Eyyubi-Moschee am Kottbusser Tor, die einzige kurdischsprachige der Stadt. Auf der anderen Seite die Bewohner des Hauses, unter ihnen Cem Özdemir, Europaabgeordneter und künftiger Bundesvorsitzender der Grünen.

Die Moschee ist im ersten Stock eines Wohnhauses untergebracht und baulich wie personell mit einem Café im Erdgeschoss verbunden. Früher wurden die Räume von linken türkischen und kurdischen Gruppen genutzt, vor 13 Jahren zog die Moschee ein. Sie gilt als PKK-nah. Im Oktober vorigen Jahres kam es hier zu Ausschreitungen, als ein türkisch-nationalistischer Mob das Café angriff.

Die Haus war war 1979 zunächst von Frauen, darunter vielen Einwanderinnen, besetzt worden. Später bekam man Mietverträge, vor vier Jahren wurden die Wohnungen an die Bewohner verkauft. Einige der einstigen Besetzer wohnen noch hier. Auch die später Hinzugekommenen gehören zur Kreuzberger Mischung aus türkisch/kurdischem und links-alternativem Milieu. Cem Özdemir, der Prominenteste unter ihnen, zog im letzten Jahr mit seiner Frau und seiner kleinen Tochter ein.

„Eine Moschee in einem Wohnhaus ist unzumutbar“, sagt Özdemir. Die Wohnung sei nicht dafür geschaffen, dass dort regelmäßig hundert Leute verkehrten. Die Gebetsrufe seien im ganzen Haus zu hören, durch Freitagsgebete, Beerdigungszeremonien oder

Korankurse sei das Haus ständig belagert, sagen andere Hausbewohner. Hinzu komme ein Sicherheitsproblem, meint Özdemir, nicht nur durch die PKK: „Jederzeit könnte ein türkischer Nationalist einen Brandsatz legen.“

„Der Konflikt geht schon lange“, ergänzt sein Nachbar Hasan Togrulca, selbst ein Kurde. Er führt ein weiteres Ärgernis an: Seine 18-jährige Tochter und andere Frauen seien von Besuchern der Moschee sexuell belästigt worden. Der Vereinsvorstand räume ein, nicht alle Besucher unter Kontrolle zu haben. „Die Leute von der Moschee haben uns immer wieder versichert, dass sie ausziehen“, berichtet er weiter. „Wir haben versucht, ihnen zu helfen, haben Makler kontaktiert, Ersatzobjekte gezeigt. Aber passiert ist nie etwas.“ Darum habe man schließlich gekündigt und Klage eingereicht. Die erste endete Mitte September vor dem Landgericht mit einem Vergleich. Demnach muss das Café bis Mitte März ausziehen. Der Prozess gegen die Moschee ist noch anhängig. Kurz vor dem Beschluss, erzählt Özdemir, habe ihm eine Frau zu verstehen gegeben, dass sie nun seine Ansprechpartnerin sei. „Für unsere Probleme mit der Moschee hat sie Verständnis geäußert. Aber sie hat auch gesagt: ‚Egal, was ihr macht, das Café werden wir niemals verlassen.‘“

Am Samstag verbreitete die Firat News Agency einen Bericht über den Streit. Titel: „Grün getarnte Kurdenfeindschaft“. Dem von der Zeitung Yeni Özgür Politika nachgedruckten Text folgten Einträge in PKK-nahen Internetforen: „Wer an eine Moschee pinkelt, wird bestraft“, heißt es in einem Eintrag. Özdemir, „von dem man nicht weiß, ob er Türke oder Jude ist“, sei eine „Marionette des türkischen Staates“, in einem anderen. „Wir haben Angst“, sagt Togrulca. „Nicht vor den Moschee-Leuten, aber vor Radikalen.“ Gefahr bestehe, so Özdemir, auch darin, „dass sich einzelne kurdische Jugendliche dazu berufen fühlen könnten, die vermeintlichen Kurdenfeinde zu bestrafen“.

„Aber“, fährt er fort, „spätestens der Mord an Hatun Sürücü

sollte jedem deutlich gemacht haben, dass jedes Appeasement vor patriarchalen, nationalistischen oder islamistischen Organisationen unangebracht ist.“ Das widerspreche nicht seinem Engagement für Moscheebauten. „Ich bin sehr wohl für Moscheen“, sagt er. „Aber sie sollen raus aus den Hinterhöfen und Wohnungen und ans Licht der Öffentlichkeit. Und ich habe ein Problem mit Moscheen, die von Extremisten gleich welcher Couleur beeinflusst werden.“

Von Drohungen weiß Ismail Parmaksiz vom „Bündnis der Kurden und kurdischen Vereine“ nichts. Das sei eine Kampagne von Özdemir, das Gotteshaus habe nichts mit der PKK zu tun, sagte er gestern bei einem Pressegespräch im Café. An dessen Wand: ein Bild von Öcalan.

Özdemir, der in diesen Dingen noch unerfahren ist, empfehlen wir dringend, sich mit den Heinersdorfer Bürgern in Verbindung zu setzen, die seit langem eine ähnlichen Kampf führen. Aber da wir in diesem Fall neutral sind, auch ein Rat an die in ihrer Religionsfreiheit bedrängten Kurden: In Köln haut man Typen, die gegen die Moschee hetzen, vor die Fresse und spült sie im Klo runter. Wir werden gerne über die weitere Entwicklung berichten.

(Vielen Dank den zahlreichen Spürnasen!)



Razzia gegen Moslembande



In Berlin gab es heute eine Großrazzia gegen mehrere Mitglieder einer Moslembande, die in Deutschland offenbar Terroranschläge gegen Russland planten. Die Maßnahme wurde ausgelöst, nachdem zwei Mitglieder der Bande sich bereits ins Ausland abgesetzt hatten und weitere die Ausreise versuchten. Gegen alle Verdächtigen verhängte die Polizei ein Ausreiseverbot, Festnahmen gab es nicht.

Der [SPIEGEL](#) berichtet:

Mit einer großangelegten Razzia ist die Berliner Polizei gegen eine Gruppe gewaltbereiter Islamisten in der Hauptstadt vorgegangen. Die Gruppe, die nach Erkenntnissen der Ermittler von drei jungen Arabern aus Nordafrika angeführt wird, soll einen Mordanschlag in Russland geplant haben. Zudem alarmierte die Fahnder in den letzten Wochen, dass sich aus dem etwa 14-köpfigen Umfeld der drei Islamisten zwei Gesinnungsgenossen bereits ins Ausland abgesetzt hatten – vermutlich auf dem Weg in ein Terror-Trainingslager im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet.

Drei weitere Personen versuchten in der vergangenen Woche, über den Flughafen Berlin-Tegel mutmaßlich ebenfalls in Richtung Terror-Camp auszureisen. Da die Männer beobachtet wurden, konnten die Behörden dies verhindern. Gleichwohl verstärkte sich unter den Ermittlern der Eindruck, dass die

Gruppe möglicherweise in die konkrete Phase ihrer Vorbereitungen übergeht. Folglich entschied man sich zu der generalstabsmäßig geplanten Durchsuchungsaktion.

Festgenommen wurde niemand bei der Razzia, die im Morgengrauen begann. Vielmehr stellten rund 155 Beamte in 26 Wohnungen, hauptsächlich in den Bezirken Neukölln und Kreuzberg, Computer und andere Datenträger sicher. Ebenso fanden sie Outdoor-Kleidung, die möglicherweise auf die geplanten Aufenthalte in den Terror-Camps hinweist. Anhand der sichergestellten Materialien wollen die Fahnder nun herausfinden, was an den Verdachtsmomenten gegen die Gruppe dran ist. Die drei Beschuldigten, die man in Tegel festgenommen hatte, schwiegen gegenüber der Polizei.

Wie schon im Fall der sogenannten „Sauerlandbomber“ war die deutsche Polizei von ausländischen Geheimdiensten auf die Machenschaften aufmerksam gemacht worden. Damals war es die CIA, diesmal offenbar der russische Geheimdienst. Beim Bericht zum selben Thema erfahren wir [im Hamburger Abendblatt](#) einige interessante Zahlen am Rande:

Das Potenzial gewaltbereiter islamistischer Gruppen in Berlin ist zuletzt gestiegen. Der Berliner Verfassungsschutz beziffert die Zahl militanter Islamisten auf 430. Größte Gruppe war 2008 der Berliner Arm der libanesischen Hisbollah mit 180 Aktivisten. Die palästinensische Hamas-Organisation hat in Berlin rund 50 Mitglieder. Beide Gruppen verhalten sich nach Behördenangaben in Deutschland zurückhaltend und größtenteils gewaltfrei. Gesicherte Zahlen zu Aktivisten von transnationalen Terrornetzwerken wie al-Qaida oder der nordirakischen Terrorvereinigung Ansar al-Islam in der Hauptstadt haben die Behörden nach eigenen Angaben nicht.

(Vielen Dank allen Spürnasen! Foto: Wie überall in Deutschland demonstrieren auch in Düsseldorf Linksextremisten gemeinsam mit der Terrororganisation Hamas – in aller Öffentlichkeit)



Sarrazin: De Maizière ist ein Weichei



[Im Rahmen seiner gestrigen Lesung](#) in Oldenburg hat der erfolgreichste Sachbuchautor und zweimalige Träger des PI-Anti-Dhimmi-Awards, Thilo Sarrazin, Kritik an einzelnen Regierungspolitikern geübt. Den derzeitigen Innenminister Thomas De Maizière halte er für ein Weichei. Politische Lösungen seien mit ihm und einer Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger, die auch noch in Gesprächen mit Sozialverbänden ausgehandelt werden, nicht zu erwarten. Schon gar nicht, wenn über all dem eine Kanzlerin throne, die nichts entscheiden wolle.

Und dies werde auch noch von einer Opposition begleitet, die ebenfalls in die falsche Richtung marschiere.

Mit anderen Worten: Der gesamte „Politikbetrieb“ lässt sich ohne Lösungsansatz treiben.



Interview mit Geert Wilders auf Fox News



Wenn man als Islamkritiker die Öffentlichkeit sucht, ist man mit europäischen Medien nicht gut beraten.

Dachte sich wohl auch Geert Wilders und gab dem US-Nachrichtensender Fox News ein [ausführliches Interview](#) zu seinem geplanten Film und über die Schatten, die „Forbidden“ bereits jetzt in den Niederlanden vorauswirft ([wir berichteten](#)).

Interview Teil 1:

Interview Teil 2:

Imam Wulff erlässt Seehofer-Fatwa



Christian Wulff

besucht derzeit die Türkei und lässt dort wissen, was er von deutscher Innenpolitik hält. Dabei warnt er vor Pauschalurteilen, womit er an sich Recht hat. Wer behauptet, der Islam gehöre zu Deutschland wie Christentum und Judentum – und dabei die Aufklärung vernachlässigt – kann sich mit Fug und Recht als ein Experte in Sachen Pauschalurteil betrachten. Als solcher wurde er nun von der türkischen Zeitung „Hürriyet“ einvernommen, die sich in der aktuellen Ausgabe neben Wulff (Schlagzeile: „Türkei der wichtigste Partner“) noch dem Wuppertaler Terroristen Bünyamin Erdogan (weder verwandt noch verschwägert mit dem türkischen Ministerpräsidenten) widmet, der in Pakistan von einer Drohne getötet wurde.

Imam Wulff verurteilt die Äußerungen, die Seehofer angeblich getätigt habe. Damit es so richtig stimmig wird, schiebt der Türkeiexperte Wulff [laut Spiegel](#) Seehofer eine Stellungnahme in den Mund, die dieser so nicht abgegeben hat (Hervorhebung durch PI).

Zum Auftakt seines Besuchs hat Wulff der These von CSU-Chef Horst Seehofer bezüglich der mangelnden Integrationsfähigkeit von Türken widersprochen. „Ich wende mich gegen jedes Pauschalurteil“, sagte Wulff der türkischen Zeitung

„Hürriyet“ vom Dienstag.

[...]

*„Zu behaupten, eine ganze Gruppe **könne und wolle sich nicht integrieren**, halte ich für falsch“, sagte Wulff nach Angaben des Bundespräsidialamtes in einem Interview mit der türkischen Zeitung.*

Seehofer hatte gegenüber Focus allerdings gesagt (Hervorhebung durch PI):

*„Es ist doch klar, dass sich Zuwanderer aus anderen Kulturkreisen wie aus der Türkei und arabischen Ländern insgesamt **schwerer tun**. Daraus ziehe ich auf jeden Fall den Schluss, dass wir keine zusätzliche Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen brauchen.“*

Aber möglicherweise ist es Imam Wulff nicht möglich, zwischen „schwerer tun“ und „nicht können und wollen“ ohne Pauschalierung zu unterscheiden. Sollte sich die Bildungsmisere nun auch schon an der Spitze des Staates auswirken? Immerhin hat sich durch PISA ergeben, dass insbesondere große Lücken beim Textverständnis entstehen. Und hier klafft zwischen dem Gesagten und dem von Imam Wulff Verstandenen eine riesige Lücke.

Außerdem hat der Erste Mann der Bundesrepublik augenscheinlich große Schwierigkeiten, die Appelle selbst zu verstehen, die ihm sein Pressestab aufgeschrieben hat. Vielmehr verrennt sich Wulff in dem Pauschalurteil, *die* Türken in Deutschland seien dem Deutschen nicht mächtig. Jedenfalls fordert er laut Spiegel pauschal alle Türken in Deutschland auf, Deutsch zu lernen. Auch dass *die* Türken die Verfassung nicht anerkennen, scheint als Pauschalurteil in seinem Kopf herumzuspuken. Daher fühlt er sich laut Spiegel dazu berufen, generell alle Türken in Deutschland zur Anerkennung der Verfassung und zum Erlernen der deutschen Sprache aufzufordern.

Die in Deutschland lebenden Türken rief er dazu auf, die deutsche Sprache zu lernen und das Grundgesetz anzuerkennen.

Leutheusser-Schnarrenberger, ihres Zeichens Justizministerin, mischt sich nun auch in die Debatte ein. Sie meint pauschal, dass die bisherigen Regelungen, die Sanktionen gegen Integrationsunwillige ermöglichen, ausreichen. Diese müssten nur angewendet werden. Leider verabsäumt es die Juristin dem Publikum mitzuteilen, was die Behörden bislang an der Anwendung hindert und – damit man sich kein Pauschalurteil bildet – wievielen Ausländern wegen Integrationsverweigerung denn ihr Aufenthaltsrecht entzogen wurde. Wie [PI schon einmal darlegte](#) ist die entsprechende Norm (in § 8 AufenthG) eine Nichtnorm, da sie faktisch keine realen Fälle regelt. Aber als Journalist eines Mainstream-Mediums schreibt man brav auf, was die Ministerin von sich gibt und fällt nicht durch ungehörige Nachfragen auf.

Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) hat strengere Sanktionen gegen integrationsunwillige Migranten abgelehnt. Der „Passauer Neuen Presse“ sagte die Ministerin, es gebe bereits „wirksame Sanktionsmöglichkeiten von Kürzungen der Sozialleistungen bis hin zur Beendigung des Aufenthaltsstatus“. Diese Instrumente müssten nur angewendet werden. „Wir brauchen keine neuen Sanktionen“ sagte die FDP-Politikerin.

Ein besonderes Augenmerk müsse allerdings den Zwangsehen gelten, sagte Leutheusser-Schnarrenberger der Zeitung weiter. Zwangsverheiratung sei ein strafbares Verhalten. „Hier werden wir eine bessere gesetzliche Handhabe schaffen.“ Regierungssprecher Steffen Seibert hatte am Montag mitgeteilt, dass am Mittwoch kommender Woche mehrere Neuregelungen im Zuwanderungsrecht beschlossen werden sollen.

An Seehofer übte Leutheusser-Schnarrenberger heftige Kritik. „Der CSU-Chef will hier offenbar auf der Sarrazin-Welle

surfen“, sagte die Justizministerin. Der bayerische Ministerpräsident suche „nach einem Thema zur persönlichen Profilierung“.

Wie im Leben so gilt auch hier, dass ein Hund, den man zum Jagen tragen muss, nichts taugt. Jetzt, nach Aufkommen der durch [Sarrazin angestoßenen und augenscheinlich sehr hilfreichen Debatte](#), will laut Spiegel die Politik nun härter gegen Integrationsverweigerer vorgehen. Leider kann man noch nicht sagen, wie groß das Problem tatsächlich ist, da wohl bislang gar nicht so wirklich nachvollzogen wurde, wieviele der Verpflichteten denn tatsächlich die vom Steuerzahler finanzierten Kurse besuchen.

Die Politik will härter gegen „Integrationsverweigerer“ vorgehen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nennt erste Fakten und beziffert die Zahl der Menschen, die trotz einer entsprechenden Verpflichtung nicht oder nur teilweise an Integrationskursen teilnehmen, mit 10 bis 20 Prozent. „Betrachtet man die Zahl der verpflichteten Kursteilnehmer, die einen Kurs nicht zu Ende führen, liegt diese bei zirka zehn Prozent“, sagte die Sprecherin des Amtes, Rochsana Soraya, der in Halle erscheinenden „Mitteldeutschen Zeitung“. „Rund 20 Prozent der zur Teilnahme Verpflichteten haben den Integrationskurs nicht begonnen.“ Allerdings lasse sich die Zahl der Personen, die einen Integrationskurs tatsächlich abbrechen, nicht abschließend beziffern. Dies liege unter anderem daran, dass die Kurse aus unterschiedlichen Modulen bestünden.

Die Politik weiß also aufgrund der von ihr offensichtlich geduldeten (gewollten?) Vollzugsdefizite nicht, wie groß das Problem der Integrationsverweigerung ist, dennoch ist die Justizministerin schon in der Lage, festzustellen, dass die Gesetze, die man so hat, ausreichend sind. Wie gut, dass die Politik sich nicht mit pauschalisierenden Sichtweisen dem

Thema nähert, das wie kein anderes den Deutschen auf den Nägeln brennt.

(Screenshot oben: Hürriyet-Ausgabe vom 19. Oktober – wie immer mit der Abbildung Atatürks und dem Ausspruch „Türkei den Türken“ versehen)



Neukölln: Ladenbesitzerin von Verschleierter angegriffen

Von CHEVROLET | Die Islamisierung Deutschlands kommt gut voran – das erlebt man Tag für Tag, zum Beispiel in Berlin. Neueste Steigerung: Eine mit einem Gesichtsschleier („Niqab“) verhüllte Moslem-Frau randalierte in einem kleinen Modegeschäft in der [Sonnenallee](#) in Neukölln.

Der Grund: in der Auslage lagen Dessous neben Kopftüchern. Und das passte der Mohammedanerin nicht. „Unterwäsche und Kopftücher passen nach islamischem Glauben nicht zusammen“, das sei Sünde, soll sie gewettert haben.

Die 40-jährige, selbst arabischstämmige Verkäuferin wurde bei der handgreiflichen Attacke der burkaartig bekleideten Moslem-Furie leicht verletzt. Sie erlitt u.a. eine Prellung über dem rechten Jochbein, wo sie einen [Faustschlag abbekam](#).

Angreiferin holt Verstärkung

Nach Angaben der Polizei kam die Angreiferin zweimal in das arabisch geführte Geschäft. Beim ersten Mal pöbelte sie herum, worauf sie rausgeworfen wurde. „Sie beschimpfte mich als Schlampe, als Hure, sprach Deutsch und Arabisch durcheinander“, so die Attackierte gegenüber bild.de. Beim zweiten Mal kam sie gemeinsam mit einer zweiten Frau und einem Mann und griff die Verkäuferin an.

Die Polizei stützt sich weitgehend auf die Aussagen des verletzten Opfers. Der Vorfall habe sich bereits am 26. August ereignet, hieß es. Die Frau gab an, dass sie unter der verrutschten Verhüllung der Angreiferin blonde Haare und eine Tätowierung am Hals gesehen habe. Der für politisch motivierte Taten zuständige Staatsschutz der Polizei ermittelt wegen Körperverletzung im Rahmen religiös motivierter Gewalt. Angesichts der Kostümierung der Frau ist das wohl nicht ganz so einfach, aber sie war offenbar dumm genug ein Mobiltelefon zu verlieren.



Geert Wilders: „Koran ist ein faschistisches Buch“



In einem Interview mit der *Wiener Zeitung* bekräftigt der niederländische Politiker Geert Wilders seine Kritik am Islam: „Ich verabscheue, wofür der faschistische Islam steht, und glaube auch an keinen moderaten europäischen Islam. Es gibt auch keine Gleichheit der Kulturen. Ich denke, dass die islamische Kultur minderwertiger ist als unsere europäische, sie ist zurückgeblieben.“ [Weiter...](#)

Muslimischer Gebetsprotest in Straßburg



Etwa 50 Muslime haben bereits zum dritten Mal [vor dem Straßburger Rathaus gebetet](#). Nicht aus purer Frömmigkeit, sondern als politisches Druckmittel, um die Straßburger Mauer von Jericho zu Fall zu bringen. Die Stadtregierung weigert sich nämlich bisher standhaft, ein geplantes Moscheebauprojekt zu bewilligen. Darum machen die Rechtgläubigen jetzt ein riesen Trara, um die öffentliche

Meinung gegen den Bürgermeister aufzubringen.

Man will damit die Straßburger Regierung zur islamisch-korrekten „Vernunft“ zu zwingen. Die Muslime fühlen sich nämlich ausgerechnet in der „Stadt der Menschenrechte“ unmenschlich behandelt, aufs äußerste erniedrigt und diskriminiert.

Das Video zur islamischen Protestaktion:

(Spürnase: Anne)



Türkei erpresst Kulturfestival in der Schweiz



Auf politischen Druck aus Ankara sind ein Liebesfilm und Texte aus dem Programm des alljährlichen „[Culturescapes](#)“-Festivals, das dieses Jahr das Thema „Türkei“ hätte behandeln sollen und dessen Durchführung unter dem

Patronat des Schweizer Bundespräsidenten stand, [gestrichen worden](#). Festivalleiter Jurriaan Cooman [bereut im Nachhinein](#), der türkischen Erpressung nachgegeben zu haben und fürchtet, das Festival könne jetzt gar nicht mehr stattfinden. Aktiven Widerstand gegen die Zensur leisten die Schweizer Kinos.

Ein von Ankara [zensierter Text](#) von Tagesanzeiger-Korrespondent Kai Strittmatter war eine Filmbesprechung zu einem Werk von Sener Özmen, in der innertürkische Konflikte und Probleme angesprochen wurden. Aus dem verbotenen Programmheftteil ein paar Auszüge:

*Tabus und Propaganda haben vor Jahrzehnten einen bleiernen Mantel über das künstlerische und intellektuelle Leben der Türkei gebreitet, von dem das Land sich erst seit ein paar Jahren und nur unter großen Mühen zu befreien sucht. Denker und Künstler fallen nun einmal aus allen Rollen, für solche Leute war lange kein Platz in einem Land, in dem man glaubte, ein jeder Bürger habe die ihm von Republikgründer Atatürk zugedachte Schablone auszufüllen: „Wie glücklich der, der sich Türke nennen darf.“ **Aber bitte nur Türke! Nicht Tscherkesse, nicht Laze und schon gar nicht Kurde. Und bitte nur Muslim.** Wenn du Christ oder Jude warst, bliebst du am besten stumm. Und als Muslim bitte nur Sunni. Du warst Alewit? Glaubtest an die Lehren der Sufis? Dann gab es dich offiziell nicht. Einheit war die Staatsräson der Türkei. Eine gewaltsam erpresste, staubtrockene, öde Einheit, in der das Individuelle, die Unterschiede verkümmerten, ja: verkümmern sollten, erkaufte mit Furcht, Verfolgung und kollektivem Gedächtnisverlust. Nach dem letzten Militärputsch von 1980 galt sowieso: Wenn sie nicht Hofnarren waren, dann waren Intellektuelle und Künstler nicht nur lästig, dann waren sie gefährlich. (Der beste Künstler ist den Staatstreuen noch immer der General, der selber malt, wie Kenan Evren, der Putschist von 1980, der heute in seinem Alterssitz in Marmaris Leinwände mit Stilleben und Akten vollpinselt, die ihm reiche Geschäftsleute abkaufen.) Was für Themen für die*

Kunst! Wenn man ihr schließlich einmal den Atem lässt.

Dieses Land ringt noch immer. Mit sich selbst. Die Türkei ist noch immer auf der Suche nach ihrem Wesen und ihrem Weg. Es ist ein Land, das oft mit sich selbst hadert – und in dem gerade deshalb angebliche Gewissheiten oft verbissen behauptet werden. Die Zerrissenheit des Landes macht vielen Angst. Sener Özmen zum Beispiel, der Kurde, glaubt noch immer, dass die Mehrheit der Türken die Demokratie nicht ertragen – weil sie die Vielfalt des Landes zum Vorschein brächte. Und den Türken wird schon in der Schule eine Furcht vor dem Anderen, vor der Vielfalt, vor dem Pluralismus eingebläut.

Und so stehen sich hier gegenüber die Türken und die Kurden, die Religiösen und die vermeintlich Säkularen, die Muslime und die Christen, und es trennen sie nicht nur eine andere Herkunft und andere Lebensweisen, es trennen sie Welten.

Ausgemerzt aber sind die alten Übel noch nicht, nicht die Unterdrückung von Frauen, nicht die Ausgrenzung eines jeden, der anders ist.

Solche Wahrheiten und Erlebnisberichte will man in Ankara offenbar unter Verschluss halten. Beim verbotenen Film handelt es sich um „[Gitmek, My Marlon and Brando](#)“, eine türkisch-kurdische Liebesgeschichte.

Festivalchef Cooman wollte zum Vorgehen der Türkei zunächst keinen Kommentar abgeben.

Beamte des Kulturministeriums in Ankara hatten seinem Team dem Vernehmen nach ein Ultimatum gestellt: Wenn es die Artikel und den Film nicht streiche, werde die Türkei ihre 400'000 Euro zurückziehen. Das Festival wäre kollabiert.

Im Nachhinein [bereut Cooman den „nervösen“ Entscheid](#) und begründet, er hätte unbedingt das Festival retten wollen, aber jetzt sei es erst recht gefährdet.

Er habe den Vertreter des türkischen Kulturministeriums davor gewarnt, dass ein Eingriff ins Programm der Türkei mehr Schaden würde als Toleranz.

Er vermute aber, dass die Programmsäuberung auf einem persönlichen Entscheid eines einzelnen Mitarbeiters des Kulturministeriums beruhe.

Vermutlich handelt es sich bei diesem Mitarbeiter um Ibrahim Yazar, den stellvertretenden Generaldirektor für Information im türkischen Kulturministerium.

Meuterei gibt es indessen innerhalb des Festivals selbst, da die beteiligten Schweizer Kinos nicht daran denken, sich der Dhimmitude des Festivalleiters zu beugen.

Die Kinos Stadtkino Basel, Xenix Zürich und Kino Kunstmuseum Bern haben am Freitag Nachmittag mit Entrüstung auf den türkischen Zensurversuch reagiert und wollen „Gitmek, My Marlon and Brando“ wie angekündigt präsentieren.

[Ungewohnte Rückendeckung](#) erhielt die Schweiz vom deutschen Europaabgeordneten Cem Özdemir, der erklärte, ein Eingriff des türkischen Staates sei

„eine Ungeheuerlichkeit, die man sich nicht bieten lassen sollte.“ Man müsste die Herren Beamten daran erinnern, dass der Staat, der ihnen den Lohn zahlt, Mitglied der Europäischen Union werden wolle und die EU ohne Zensur funktioniere. „Wer das anders sieht“, sagte der Politiker der Grünen, „darf sich gern für ein Kulturfestival in Nordkorea bewerben.“

Die Widerstands-Kinos:

- » [Stadtkino Basel](#) (zeigt Gitmek am 19.11. um 21.00 Uhr)
- » [Xenix Zürich](#) (zeigt [Gitmek](#) am 20. und 21.11. ab 19.00 Uhr)
- » [Kino im Kunstmuseum Bern](#) (zeigt Gitmek am 22. November um 20.30 Uhr und am 23. November um 16.00 Uhr)

(Spürnase: Freespeech)

Schriftsteller gegen Vornamen Mohammed



Frankreich steht näher am Abgrund der nicht assimilierenden Einwanderungsgesellschaft, als Deutschland dies tut. Frankreich hat aber auch eine andere Kultur des Aufbegehrens und der Diskussion als Untertanen-Germanistan.

(Von Thorsten M.)

Dies erklärt, das für hiesige Vorstellungen [erstaunliche Gespräch](#), das der französische Schriftsteller und Herausgeber, Richard Millet (Foto), vergangenen Samstag im öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit dem französisch-jüdischen Philosophen Alain Finkielkraut führen durfte.

Richard Millet hielt in der Sendung „Répliques“ auf France

Culture mit seinen Einschätzungen der demographischen Situation Frankreichs gegenüber dem Gastgeber Alain Finkielkraut nicht vor dem Berg. So fühle er sich gerade in öffentlichen Verkehrsmitteln durch die massive Häufung schwarzafrikanischer und muslimischer Fahrgäste als Opfer einer neuen Apartheid (*was insofern stimmt, als dass man beobachten kann, dass Einheimische dort gerne die Nähe von Ihresgleichen suchen*).

Bemerkenswert war aber vor allem eine andere Äußerung: Richard Millet prangerte mit drastischen Worten das Verharren der arabischen Familien in Frankreich in ihrem Herkunftskulturraum an. „Wenn nach mehreren Generationen eine arabische Familie ihre Kinder weiterhin Mohammed oder Djamila nennt, ist dies ein Akt der Barbarei und/oder des Bürgerkriegs. Nicht mehr und nicht weniger!“

Tatsächlich ist es die plakativste Art, auf die ein Einwanderer seinem Umfeld zeigen kann, dass er im Land angekommen ist und dazu gehören möchte, wenn er seinem Kind einen dort üblichen Vornamen gibt. Ganz nebenbei erhöht er damit die beruflichen Chancen seines Kindes erheblich. Schließlich interpretieren Arbeitgeber diese Geste instinktiv dergestalt, dass sie für ein solches Kind trotz untypischem Familiennamen und anderem Aussehen eine „landesübliche Sozialisation“ unterstellen (*was bei einem Jean-Louis Suliman oder bei uns einem Lars Öztürk sicher auch zutreffend wäre!*). Nicht zu vergessen, dass man seinen Kindern und anderen dadurch auch die peinliche Situation ersparen kann, z.B. bei einem Schriftwechsel versehentlich als Frau statt als Mann angesprochen zu werden. Schließlich sind nicht wenige Vornamen des Nahen Ostens für Europäer schwer einem Geschlecht zuzuordnen.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass man die Lager bei den heranziehenden Europäischen Bürgerkriegen wesentlich nach Vornamen sortieren können. Insofern wird Robert Millet vermutlich auch mit dem zweiten Teil seiner Aussage zur

Namensgebung („Akt des Bürgerkriegs“) leider recht behalten.

Allah sei Dank!



Allah hat den Seinen bei den Ungläubigen reiche Beute versprochen. Und tatsächlich: Der Libanese, der die Schafsnasigkeit deutscher Behörden ausnutzte, um eine Straße in Brandenburg nebst Wasser- und Stromleitungen für 1.000 Euro in seinen Besitz zu bringen ([PI berichtete](#)), bietet diese den Deutschen jetzt zum Freundschaftspreis von 150.000 Euro zum Rückkauf an. Ein Bruchteil des tatsächlichen Wertes, wie unser Wohltäter betont, der – aufgrund welcher Lügengeschichte? – unsere Gastfreundschaft beansprucht.

Die Morgenpost [berichtet](#):

Der Käufer einer Straße in Havelsee will die Verkehrsfläche gewinnbringend an die Stadt verkaufen – für mindestens 150.000 Euro. „Das ist die Basis, über die wir reden können“, sagte der Käufer Wassim Saab Morgenpost Online. Ein Sachverständiger habe den Verkehrswert der Straße sogar auf 1,5 Millionen Euro taxiert – allerdings in unbenutztem Zustand. Nach Rücksprache mit dem Gutachter wolle er deshalb höchstens 10 bis 15 Prozent dieser Summe erzielen.

Der libanesischer Geschäftsmann aus Berlin hatte die Straße Am Mühlenberg erst vor zwei Wochen für 1000 Euro ersteigert. Zwei Mitarbeiterinnen des zuständigen Bauamts Beetzsee hatten während der Versteigerung am Amtsgericht Potsdam nicht mitgeboten. Offenbar gingen die Frauen davon aus, dass ihnen die Straße ohnehin für den Mindestbetrag von einem Euro zufallen würde. (...)

Selbst mitzubieten war den Bauamtsmitarbeiterinnen nicht in den Sinn gekommen – laut dem Havelseer Bürgermeister Günter Noack wären sie dazu allerdings durchaus berechtigt gewesen. Die etwa 60 Anwohner der Straße Am Mühlenberg sind verunsichert; sie fürchten nun, Nutzungsgebühren zahlen zu müssen. Denn Saab hat nicht nur die Straße, sondern auch Straßenlaternen und Wasserleitungen erworben.

Laut Presseerklärung des Bauamtes Beetzsee könne davon allerdings keine Rede sein: Es handele sich um eine öffentliche Straße, Benutzungsgebühren für die Abwasserentsorgung könne Saab gar nicht verlangen. Dieser Ansicht widerspricht Pietrucha vehement: „Das ist falsch. Es ist nie eine öffentliche Straße gewesen. Erst durch den Kauf sollte die Straße umgewidmet und damit öffentlich werden. Genau wie Strom- und Wasserleitungen, die nun Herrn Saab gehören.“ Das belege auch ein Gutachten. Sollte der Libanese tatsächlich Benutzungsgebühren erheben, können sich die Bewohner gegen die Stadt im Zuge der Amtshaftung wehren. Die Siedlung sei „voller Rechtsanwälte“, warnt Pietrucha. Schon deshalb bleibe der Stadt gar keine andere Wahl, als sich mit Saab zu einigen.

Seltsam – hört man nicht gerade im Zusammenhang mit Straßenbau in Deutschland immer wieder einmal das böse Wörtchen „Enteignung“, die das Gesetz vorsieht, wenn privater Grundbesitz den öffentlichen Interessen entgegen steht? In diesem speziellen Fall wird man es sicher ebenso wenig vernehmen, wie das andere böse Wort: „Ausweisung“. Oder wenigstens „Entlassung“ – für unfähige Staatsbürokraten?

(Spürnase: Skeptiker)



CDU-Minister will mehr türkische Lehrer einstellen



Wenn Schüler mit Migrationshintergrund schlechte Noten haben, liegt das laut Baden-Württembergs Kultusminister [Helmut Rau](#) (Foto) in erster Linie daran, dass es keine türkischen Lehrer gibt. Der CDU-Politiker kündigte deshalb jetzt an, türkische Organisationen zu unterstützen, die sich [in diesem Bereich einsetzen](#). „Dieses Potenzial nützt nicht nur den Migranten, sondern der ganzen Gesellschaft.“

Kultusminister Helmut Rau (CDU) will verstärkt Lehrer türkischer Herkunft einstellen. «Sie sind nötig, weil sie die Geschichte der Kinder besser verstehen», sagte Rau den «Stuttgarter Nachrichten» (Freitagausgabe) laut Vorabbericht.

Der Minister räumte ein, dass die Integration ausländischer Schüler noch nicht hinreichend gelungen ist. «Wir haben bei der Förderung von Migranten eindeutig Nachholbedarf», sagte er. Die Intelligenz bei Schülern mit Migrationshintergrund sei nicht anders verteilt als bei deutschen. Erstere erzielten aber schlechtere Schulergebnisse. «Das heißt, es

gibt eine Bildungsreserve, die wir noch nicht ausschöpfen», schlussfolgerte Rau.

Der Minister kündigte an, dieses Thema in den Mittelpunkt seiner weiteren Arbeit zu stellen. Er wolle sich aus verschiedenen Quellen Rat holen. Geplant seien gemeinsame Veranstaltungen mit dem türkischen Generalkonsulat. Dieses werde dafür werben, «dass sich mehr junge Menschen türkischer Herkunft für den Lehrerberuf interessieren». Bisher gebe es zu wenige. Solche Vorbilder seien aber wichtig, denn dadurch könnten auch die Familien von Migrantenkindern besser erreicht werden.

Rau kündigte an, türkische Organisationen zu unterstützen, die sich in diesem Bereich einsetzen. «Dieses Potenzial nützt nicht nur den Migranten, sondern der ganzen Gesellschaft», sagte der Kultusminister.

» helmut.rau@cdu.landtag-bw.de

(Spürnase: Gutmenschophob)